

# Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes  
u. des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter mit der Monatsbeilage „Die berufstätige Frau“.

Nr. 9

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Bezugspreis: Durch die Post für Nichtmitglieder monatlich 25 Mark ohne Postgeld.

Köln, den 28. April 1923.  
Geschäftsstelle Denloermatt 9. Fernruf Anno 8538

Redaktionschluss Montagsmittags vor dem Erscheinungstag. Inseratannahme: Otto Kleine, Berlin SW 47, Wödenstraße 67.

20. Jahrg.

## Eine wichtige Tagung des Gesamtverbandes.

Der große Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der alljährlich zweimal zusammentritt, tagte am 4. und 5. April. Die Mitglieder des Ausschusses waren fast reiflos erschienen.

Der von Generalsekretär Otte erstattete Geschäftsbericht wie auch das vom Gesamtverbandsvorsitzenden Stegerwald erstattete Referat über die gegenwärtige allgemeine und gewerkschaftliche Lage gaben den Anstoß zu einer fruchtbaren Aussprache. Die Fülle der neuen und großen Aufgaben, die heute durch die Gewerkschaften gelöst werden sollen, die Schwierigkeiten, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit gegenüberstehen, fanden ausgiebige Erörterung. In allen Ausführungen war das Bestreben der christlichen Gewerkschaften zu erkennen, die

einheitliche Grundauffassung zu vertiefen

und gegenüber Einzelproblemen eine klare Formulierung des Wollens zu erreichen. Wängst ist in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften erkannt, daß mit der Hervorhebung landläufiger Schlagworte weder den Interessen der Arbeiter noch dem deutschen Wiederaufbau gedient ist, da sie verwirrend statt klärend wirken. Andererseits erfordert es die Mission der christlichen Gewerkschaften, daß diese ihr Wollen klar aussprechen und, auf der Grundlage der Ergebnisse des Kongresses verbarrend, das, was sie erstreben, klar und für jeden verständlich herausstellen.

In seinen einleitenden Worten gedachte der stellvertretende Gesamtverbandsvorsitzende Behrens der Ereignisse der jüngsten Zeit, insbesondere der

**Bergemattigung des Rechts und der deutschen Arbeit**

durch die ins Ruhegebiet eingebrochenen Franzosen. Der Toten des Kampfes an Rhein und Ruhr, insbesondere der ermordeten Kruppischen Arbeiter, wurde in geeigneter Weise gedacht.

Die Geschehnisse an Rhein und Ruhr durchzogen wie ein roter Faden die Verhandlungen. Die Stellungnahme der Versammelten zu diesen Geschehnissen war ungefähr die:

Der Kampf an Rhein und Ruhr ist das Ereignis, das alle wirtschaftlichen und politischen Vorgänge nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt überstrahlte. Brutaler Militarismus als Handwerkzeug eines zügellosen politischen Imperialismus sucht ein freies, friedliches, aber friedliches und waffenloses Arbeitervolk in Sklavendienst zu zwingen. Das Abwehrmittel ist das menschenwürdigste, das

sich denken läßt. Die Ueberzeugung von dem elementaren Recht auf Leben, von dem elementaren Recht auf Freiheit haben spontan in allen Schichten den heroischen Widerstand hervorgerufen, der in der Form des passiven Widerstandes dem Ueberfall den Erfolg versagt und dem deutschen Volke sein höchstes und notwendigstes Gut wiedererkennt:

### Die nationale Einheit

In der christlichen Gewerkschaftsbewegung lebt die Ueberzeugung, daß ohne die Wahrung und Festigung dieser nationalen Einheit der Wiederaufstieg unseres Volkes nicht möglich ist.

Voraussetzung der Behauptung der nationalen Einheit ist jedoch der allseitige gute Wille im ganzen Volke, die sozialen Gegensätze durch eine Verständigung zu überwinden. Das ist um so leichter möglich, wenn an die Stelle des rein privatwirtschaftlichen Denkens ein mehr gesamtwirtschaftliches tritt. Alle deutschen Menschen sind als Glieder der Volksgemeinschaft zu werten. Die Arbeitgeber müssen dauernd erkennen lassen, daß sie im Lohnarbeiter den Mitarbeiter achten, der einen nicht umstrittenen Anspruch auf eine seiner Menschenwürde entsprechende Behandlung und Anspruch auf eine der Ertragsfähigkeit der Wirtschaft entsprechende Entlohnung hat. Die Arbeiter aber müssen sich bewußt sein, daß wichtiger wie der Kampf um den Anteil am Produktionsertrag die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft selbst ist. Wo sozial gesunkene Arbeitgeber den Arbeiter praktisch als gleichberechtigt anerkennen, muß die Zusammenarbeit in der Wirtschaft auch auf Arbeitgeberseite vom Willen zur Verständigung getragen sein. Der gemeinsamen Tätigkeit der wohlmeinenden Arbeitgeber und Arbeiter muß es gelingen, das gegenwärtig auf lokalischem Gebiet bestehende Chaos zu beseitigen und ohne die unser Volksleben zerschenden wirtschaftlichen Kämpfe zu einem

gerechten Ausgleich der sozialen Gegensätze sowie dahin zu kommen, daß im Mittelpunkt der Wirtschaft nicht der Profit des einzelnen, sondern das Wohlergehen des der Gemeinschaft nützlichen Menschen steht.

Der Abwehrkampf an Rhein und Ruhr ist noch nicht zu Ende. Es ist alles darauf einzustellen, daß er noch lange andauern kann, und daß der Feind die Drangsale noch weiter steigert. Die Deutschen, die vier Jahre lang in Not und Tod einer Welt in Waffen widerstanden haben, müssen den Mut und den Willen ausbringen, um für den guten Ausgang dieses Kampfes gemeinsam weitere Jahre zu leiden und zu opfern, denn es geht nicht nur um die Reste des Eigenlebens und der Selbständigkeit, die der Zwangsvertrag von Ver-

failes gelassen hat, sondern es geht schließlich um die Möglichkeit, uns wieder zu erholen.

Die Ausschussitzung des Gesamtverbandes befandete in aller Not der Gegenwart ein tiefes Gefühl des Dankes und des Stolzes gegenüber der Bevölkerung der überfallenen und auch der besetzten Gebiete, daß sie sich in allen ihren Schichten so starke Instinkte und Kräfte für die Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes um das höchste Gut in diesem qualvollen Kampfe, die nationale Einheit, gewährt hat und sie so glänzend bewährt. Allen Kämpfern und Duldern gesteht ein inniges „Glück auf!“

Die Toten des Kampfes, die Leiden der Lebenden, die Leiden des ganzen Volkes waren auch auf dieser Tagung des Gesamtverbandes des Ausschusses Anlaß zu dem Gelöbnis, in der Nation und mit der Nation die ganze Kraft der christlich-nationalen Gewerkschaften dafür einzusetzen, daß dieser Kampf, der unsere Seelen ausdörren, unsere Freiheit vernichten, unsere Wirtschaft versengen soll, beendend wird. Am Ende dieses Kampfes muß ein dauernd national und sozial geeintes Deutschland und ein in festbegründetem Frieden aufatmendes Europa stehen!

Zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage als auch zu den besonderen Belangen der Arbeitnehmerschaft war die Stellung des Ausschusses die folgende: Der Ausschuss hält die außerordentlich schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich Deutschland befindet, nur dann für verbesserungsfähig, wenn es gelingt

1. die Reparationsleistungen des Reiches unter voller Berücksichtigung der bereits vollzogenen gewaltigen Leistungen auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen und der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt die Gleichberechtigung zu verschaffen;
2. die deutsche Produktion, besonders auch für den Binnenmarkt, erheblich zu steigern;
3. eine feste Währung zu schaffen.

Alles dieses läuft nebeneinander her. Der Ausschuss tritt deshalb dafür ein, daß der Widerstand gegen die Leistung praktisch unbegrenzter Reparationsleistungen und gegen die Unterdrückung Deutschlands mit aller Energie bis zur vernünftigen Regelung der deutschen Leistungen fortgesetzt wird. Zur Hebung der Produktion hält er die Beseitigung produktionshemmender Maschinenfabriken des organisierten Unternehmer- und Händlerturns für ebenso notwendig, als die volle Verwendung der Arbeitskraft durch die Arbeitnehmer während der geschäftlichen oder tariflichen Arbeitszeit. Die Festigung der Währung kann nur von Dauer sein, wenn einerseits die Zahlungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft wieder aktiv gestaltet und andererseits das Gleichgewicht im Reichshaushalt wieder her-



gestellt wird. Letzteres erfordert außer den genannten welt- und volkswirtschaftlichen Veränderungen und Maßnahmen die unverzügliche Beseitigung aller nicht im Interesse des Volkes notwendigen staatlichen Tätigkeiten, vor allem aber auch die Durchführung der beschlossenen Steuern und Abgaben. Die christlichen Gewerkschaften werden ihre Kraft dementsprechend einsehen.

Im Ausschuss des Gesamtverbandes zeigte sich auch vollkommene Meinungsübereinkunft darüber, daß, entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Lage die Arbeitnehmerschaft in Deutschland und ihre Organisationen schwere Jahre vor sich haben. Selbst in dem günstigsten Falle, daß es schon bald mit Deutschland wieder aufwärts gehen wird, sind Störungen in der Beschäftigung, verstärkte Bestrebungen, die Löhne und Gehälter zu drücken und die soziale Entwicklung allgemein zu entkräften, vorzuzusehen. Von der Überwindung dieser Schwierigkeiten sowie von dem Gelingen der sozialen Gestaltung unserer gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse aus eigener Kraft, hängt für die Zukunft der Arbeitnehmerschaft alles ab, denn nachdem sie die formelle Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft errungen hat, muß sie an der Bewältigung der vorliegenden gewaltigen Schwierigkeiten ihre innere Kraft erweisen. Die christlichen Gewerkschaften trauen sich, gestützt auf ihre tiefsten und besten Grundzüge, diese Kraft zu. Freilich ist Erfolg nur möglich, wenn Führung und Gesolgheit, jede an ihrer Stelle, sich voll und ganz für die Ziele der Bewegung einsehen, die

zugleich die Ziele des gesamten Volkes sind. Der Ausschuss als Führervertretung beklundet, daß sich die Führung ihrer Verantwortung bewußt ist und alles tun wird, ihr gerecht zu werden.

Unter den **Beschlüssen der Tagung** verdient vor allem der Beschluß Erwähnung, daß der Ausbau der eigenen Schulaufsichtungen durch die Ansammlung eines Fonds für diesen Zweck besonders gefördert werden soll. Eine Unterlage soll die Mittel sichern, die der Gesamtverband benötigt, um seinen Schulaufgaben gerecht zu werden.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Bewegung zeigte bis zum Schluß des letzten Jahres kein unerfreuliches Bild. Der Rückgang der Mitgliederzahl einiger Verbände wurde im wesentlichen durch den Zuwachs in anderen Verbänden ausgeglichen. Die Verhältnisse im Westen Deutschlands, dem Stammgebiet der christlichen Gewerkschaften, führen jedoch auch organisatorisch zu größeren Schwierigkeiten. In der bereits in erheblichem Maße im besetzten und unbesetzten Gebiet vorhandenen Arbeitslosigkeit treten die Erschwernisse durch die Rahmlegung des geordneten Verkehrs im besetzten Gebiet. Trotz aller dieser Hemmnisse zeigte sich auf der Ausschusstagung ein fester Glaube an die Zukunft der Bewegung, deren Aufgabe im zeitigen Abwehrkampf unseres Volkes eine besonders bedeutungsvolle ist.

## Die richtige Rechnung.

Die Franzosen machen vor der Welt eine Rechnung auf über die ungenügenden Leistungen Deutschlands. Die Schäden in den zerstörten Gebieten belaufen sich auf 102 Milliarden Francs. Frankreich hat 46 Milliarden vorgeschossen, von Deutschland aber bis jetzt an Barzahlungen und Lieferungen nur 4 Milliarden Francs erhalten. Die Rechnung, die wir aufmachen, lautet ganz, ganz anders. Die französischen Rechnungsführer und

Minister haben einiges vergessen, einige 50 Milliarden Goldmark; rechnet man die Verluste Deutschlands durch den Friedensvertrag hinzu, rund 100 Milliarden Goldmark.

Wir wollen nur einige nackte Zahlen in Erinnerung rufen. In der französischen Rechnung der deutschen Leistungen fehlen beispielsweise die Saargruben, die in französischem Staatsbesitz übergegangen sind. Wert über 1 Milliarde Goldmark. Die französischen Berechnungen verschweigen auch die nicht-militärischen Rücklastgüter in den geräumten Gebieten der Westfront im Werte von 1,9 Milliarden Goldmark. Auch von dem Eisenbahnmaterial einschließlich der Fahrzeugerteile und Lastkraftwagen, die Deutschland gemäß dem Waffenstillstandsabkommen liefern mußte, ist nirgends etwas erwähnt. Ihr Wert beläuft sich auf 2,23 Milliarden Goldmark. In der französischen Leistungsberechnung fehlen auch die abgelieferte deutsche Handelsflotte, die Seeschiffe, die Fischdampfer, Binnenfahrzeuge, Hafenanlagen und Flusschiffe. Ihr Wert allein, mit über 8 Milliarden, ist höher, als die von Frankreich und England berechneten deutschen Leistungen zusammen. Von den 801 Millionen Goldmark, die Deutschland für innere Besatzungskosten (ausschließlich der 4,5 Milliarden Goldmark für Äuhere, d. h. für die von den Besatzungsmächten selbst bestrittenen Ausgaben) zahlen mußte, wird nirgend etwas erwähnt. Und dann die Kosten der Reparationskommission und der übrigen zahlreichen interalliierten Kommissionen. Sie haben bis jetzt über 1 Milliarde verschlungen. Von den abgelieferten Kriegsschiffen, ohne die der Scapa Flow versenkt, wollen wir nicht reden, obwohl ihr Wert fast 1 1/2 Goldmilliarden erreicht.

Aber auf eine besondere Art der deutschen Leistungen sei hier noch hingewiesen: auf die von der Entente beschlagnahmte militärische und industrielle Ausrüstung, wenn man will: Zerstörung. Sie hat Deutschland den Verlust von Wert von über 9 Milliarden Goldmark verursacht. Außerdem hat der Friedensvertrag in verschiedenen Grenzgebieten Bestimmungen erzwungen. Die Kosten dieser Abstimmung, der Grenzregulierung, der Überlieferung der Flüchtlingsfürsorge und alles was damit zusammenhängt, belaufen sich schätzungsweise auf 1/2 Milliarde Goldmark. Dazu kommt noch der Wert des nichtmilitärischen Rücklasses der deutschen Truppen an der Ostfront mit über 1 Milliarde Goldmark. Alles in allem muß Deutschland auf dieses Konto der Abrüstung und Verluste über 10 Milliarden Goldmark verbuchen.

Den Wert Elsaß-Lothringens nimmt Frankreich natürlich in die Berechnung der deutschen Leistungen nicht auf, nicht einmal das deutsche Staatseigentum, obwohl der Wert Elsaß-Lothringens nach amerikanischer Berechnung 20 Milliarden Goldmark übersteigt. Die deutschen Kolonien sind in den Rechnungen der Alliierten ebensowenig aufgeführt.

Frankreich beschuldigt unentwegt Deutschland, bisher „so gut wie nichts“ geleistet zu haben. Von Anfang an lüde die deutsche Regierung sich systematisch den Verpflichtungen zu entziehen. Der Wiederaufbau Frankreichs und der zerstörten Gebiete werde dadurch unmöglich. Die französischen Truppen im Ruhrgebiet sollten nun den „böswilligen“ Schuldner zum Zahlen zwingen.

Wir dürfen uns nicht verheimslichen, daß die Welt heute immer noch geneigt ist, an den „schlechten Willen“ Deutschlands zu glauben, wenn sie auch begriffen hat, daß mit den Gewaltmethoden der französischen Politik Reparationen nicht beigegeben, sondern nur vereitelt werden. Das ist ein Fortschritt gegen die ersten „Friedensjahre“. Aber auch die Weltläge, Deutschland habe so gut wie nichts geleistet, muß zerhört werden. Denn Deutschland hat ungeheure Leistungen aufgebracht. Seine Leistungen und Verluste durch den Friedensvertrag übersteigen 50 Milliarden Goldmark, und wenn wir den Wert Elsaß-Lothringens und der Kolonien mit einbezügen, 100 Milliarden Goldmark.

Diese Zahlen sind die Waffen gegen die französische Lüge vom „schlechten Willen“ Deutschlands.

Wo sind nun die deutschen Milliardenleistungen geblieben? Mit ihnen hätten die Kriegsgelände längst wieder aufgebaut sein können; aber die Schmaroherarmee am Rhein frisst den größten Teil aller Reparationsleistungen. Die Äuheren Besatzungskosten, d. h. die von den Besatzungsmächten selbst bestrittenen Ausgaben belaufen sich bis 30. April 1922 auf 3,4 Milliarden Goldmark. Bis heute erreichen sie 5 Milliarden. Sie sollen gemäß dem Friedensvertrag abgetragen werden durch Sachleistungen. Die deutschen Sachleistungen an Kohlen, Kohlennebenprodukten, Wiederaufbaulieferungen allein betragen 2,8 Milliarden Goldmark. Die Besatzungskosten sind also beinahe doppelt so hoch wie diese Sachleistungen. So haben wir bisher mit all den gewaltigen Leistungen nicht eine Mark von der uns diktierten Kriegsschuldung abgezahlt, sondern sind durch die Besatzungskosten nur noch tiefer in Schulden gestürzt worden.

Das ist noch nicht alles. Außerdem hat Deutschland für Ansprüche der Besatzungstruppen bis Mai 1922 861 Millionen Goldmark zahlen müssen! Dazu kommen noch die Kosten für die Reparationskommission, die Rheinlandkommission und für die sonstigen zahlreichen interalliierten Kommissionen, die eine Milliarde Goldmark übersteigen.

Keines der ehemals feindlichen Länder hat etwas von diesen Riesensummen. Im Gegenteil, sie und wir sind um diese Summen und Leistungen geschädigt. Was hätte damit geleistet und aufgebaut werden können! Ist es nicht ein Irrtum, daß England 4,8 Millionen Pfund Sterling für seine Besatzungstruppen am Rhein hat aufwenden müssen. Die Gesamtkosten betragen bisher 54,6 Millionen und an Reparationszahlungen von Deutschland hat es bisher 50 Millionen Pfund insgesamt erhalten. Amerika präsentiert den Alliierten eine Besatzungsrechnung von 250 Millionen Dollar = 5000 Milliarden Papiermark! Und nun sollen durch den Ruhrstreik, der fast eine Verdoppelung der Besatzungstruppen gebracht hat, noch höhere Leistungen Deutschlands zur Deckung dieser unheimlichen Kosten erzwungen werden! Das deutsche Volk aber will nicht hungern und fronen für einen Militarismus, der mehr verschlingt, als die deutsche Arbeit überhaupt einbringt. Das ist nicht der Weg, der aus dem Niedergang, aus der europäischen Katastrophe herausführt.

## Konjunkturaussichten.

Der deutsche Arbeitsmarkt steht bei Beginn des zweiten Quartals 1923 im Zeichen einer schweren Krise. Bereits im Februar arbeiteten nach den Berichten der Fachverbände 16,6 Prozent der deutschen Industriearbeiter mit verkürzter Arbeitszeit. Im Monat März haben die Einschränkungen in allen Branchen beträchtlich zugenommen. Auch die Zahl der Vollerwerbslosen steigt von Woche zu Woche. Die Auftragsbestände bei den industriellen Betrieben schmelzen stark zusammen. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten sind mit Ausnahme der Landwirtschaft fast nirgends gegeben. In mehreren Wochen hinaus sind also die Konjunkturaussichten die denkbar ungünstigsten.

Für die erste Aprilwoche berichten die Landesarbeitämter über anhaltende Verfallende des Beschäftigungsgrades in allen Zweigen der Wirtschaft. Ein besonders bedenkliches Symptom ist der völlige Stillstand der privaten Bautätigkeit. Vom Bauplanke aus erstrecken sich zur Zeit die ungünstigsten Wirkungen nicht nur auf Ziegeleien, Zement und Kalkwerke, Glashütten und andere Teile der Baustoffindustrie, sondern auch auf das gesamte Holz- und Schnitstoffgewerbe sowie auf die Eisen- und Metallindustrie. Inländischen Gettehungskosten sind zum Teil schon über die Preise des Weltmarktes hinausgehoben, sodas neuerdings ausländische Eisen (z. B. aus Ungarn) und fremde Textilzeugnisse (englische Tuche) auf den deut-



Markt geworfen werden. Im Zeichen einer besonders schweren Depression stehen Innereien und Weibereien. Am unglücklichsten liegen die Verhältnisse in Schleien, wo überaus viele Entlassungen und Betriebs Einschränkungen stattfinden. Aber auch aus den übrigen Bezirken kommen Meldungen von Arbeitszeitverkürzungen und Entlassungen, insbesondere aus der Provinz Sachsen, Preussisch-Sachsen und Württemberg. Im Bekleidungs-gewerbe zeigt sich überall helgende Arbeitslosigkeit. Aus Thüringen und Süddeutschland wird über starke Einschränkung der Tätigkeit in den Schuhfabriken, vereinzelt sogar über Schließung veralteter Betriebe berichtet. Im Nahrungsgewerbe und Genussmittelgewerbe verschlechtert sich die Lage von Tag zu Tag. Es werden hiervon besonders betroffen: Zucker-, Nahrungsmittel-, Schokoladen-, Fisch-, Konservenfabriken, Brauereien und alle Zweige des Tabakgewerbes. Auch in der chemischen Industrie ist die Lage größtenteils unbefriedigend.

Unter diesen Umständen erscheint der Bericht der preussischen Handelskammer für März 1923 reichlich optimistisch. Es heißt da u. a.: „Das unbesezte Deutschland hat die Abschmürung seines wichtigsten Industriegebietes bisher verhältnismäßig gut ertragen. Die befürchtete Kohlennot ist nicht eingetreten, ebenso konnte der Bedarf an Hoheisen und Stahl im wesentlichen gedeckt werden. Hierzu trugen einmal die vorhandenen Vorräte, dann die vermehrte Einfuhr besonders an englischer Kohle und ganz besonders der Marktzug bei, der im März in Verbindung mit der Unsicherheit der allgemeinen politischen Lage zu einer Zurückhaltung in der Nachfrage des Inlandes führte, während die Nachfrage des Auslandes infolge verminderter Konkurrenzfähigkeit nachließ. Dies trat besonders in der Maschinenindustrie hervor, die zum Teil Betriebseinschränkungen vornehmen mußte. Auch in der Textilindustrie und Tabakindustrie machten sich weitere Anzeichen einer rückläufigen Bewegung bemerkbar, während die Beschäftigung in den übrigen Industrien trotz der höheren Produktionskosten infolge Bezuges englischer Kohle im allgemeinen befriedigend war“

### Die Indexziffer für März.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes beträgt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des März 2951 (1913/14 = 1) gegenüber 2643 im Februar.

Die Ziffer zeigt demnach eine im Verlaufe der letzten Monate verhältnismäßig geringe Erhöhung um 8 Prozent. Die Indexziffer ohne die Bekleidungskosten ist um 9,1 Prozent auf 2027 gestiegen. Die Ernährungs-kosten haben sich gegenüber Februar um 4,1 Prozent auf das Abwärts, die Bekleidungskosten um 3,8 Prozent auf das Abwärts der Vorkriegszeit erhöht.

Das in der zweiten Hälfte des Februar einsetzende Stoker in der Aufwärtsbewegung der Preise hat sich im März fortgesetzt. Eine Reihe von Lebensmitteln haben sich nicht unmerklich verbilligt, so vor allem ausländische Kette, Mehl und Reis; auch Reis, Hülsenfrüchte, Nahrungsmittel und Kartoffeln sind fast überall im Preise zurückgegangen. Andererseits sind Butter, Milch und Eier aber weiter teurer geworden; besonders erhöht haben sich die Kosten für Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Es ist also kein Preisabbau eingetreten, sondern im Gegenteil eine Preissteigerung, die vor allem durch die Verteuerung lebenswichtiger Dinge, so der Wohnung, Heizung und Beleuchtung, hervorgerufen ist, so daß die geringe Preislenkung bei essentiellen Lebensmitteln dadurch völlig aufgehoben wurde. Es ist ein Mitglied des Statistischen Amtes, in keinen offiziellen Berichten darauf nicht näher einzugehen, sondern die Preislenkungen von Einzelwaren in den Vordergrund zu stellen, statt ihren Preisausgleich zu berücksichtigen. Man darf gespannt sein, ob es gelingt, auf Grund der Kohlenpreislenkung und den davon erwarteten Auswirkungen einmal einen Rückgang der allgemeinen Indexziffer herbeizuführen. Für den Monat April wird dies Ergebnis aller Voraussicht nach wohl noch nicht zu erwarten sein.

### Neue Löhne für die Strohhutindustrie.

Wohl in keiner Branche der gesamten Bekleidungsindustrie waren die Löhne in letzter Zeit so zurückgeblieben wie in der Hutindustrie. Diese Gruppe, die vor dem Krieg und auch teilweise nachher im Verhältnis zu andern Berufsgruppen zu den besser entlohnenden zählte, hatte infolge der widrigen Geschäftslage und der daraus rekrutierenden widerstrebenden Haltung der Arbeitgeber in der Lohnfrage in den letzten Monaten eine Lohnhöhe, die weit unter den Durchschnitt des allgemein üblichen Lohnniveaus lag. Daran ändern die von Fabrikantenseite immer wieder genannten teilweise verhältnismäßig höheren Akkordverdienste nichts. Auf die Dauer läßt sich eine Gruppe aber nicht unter den Minimalbedarf halten. Und so kam es in Köln infolge der durch die Befragung noch verschärften schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zum Streik. Das letzte absolut ungenügende Zugeständnis der Fabrikanten bei der Verhandlung am 1. März d. J. zeigte sich als nicht mehr tragfähig. Darum mußten sich die Fabrikanten trotz längerem Sträuben erneut zu Verhandlungen bereit finden. Ein günstiges Moment für die Verhandlungen war, daß sich in den letzten Wochen das Geschäft belebte und man z. B. die allgemeine Wirtschaftslage berücksichtigend, von einem guten Geschäftsgang reden kann. So trafen sich denn die Parteien am 11. April zu neuer Verhandlung.

Zuerst wurde die Frage der Beendigung des Kölner Konfliktes behandelt. Der Deutsche Hutarbeiterverband verlangte, daß zuerst darüber entschieden werde, wie der Lohn für Köln sein solle. Das besetzte Gebiet müsse besonders behandelt werden, und solle für die Zeit bis zum Ablauf des Reichslohnvertrages von der allgemeinen Lohnregelung ausgenommen werden. Dem widersetzte sich der Arbeitgeberverband. Für ihn erklärte Herr Silberberg (Köln), daß das besetzte Gebiet nicht das allgemeine Lohnniveau des Reichslohnvertrages verfallen könne, jedoch seien die Arbeitgeber des besetzten Gebietes bereit, darüber hinaus ein übriges zu tun. Ueber die bei Beendigung des Streikes in Köln vereinbarte Sonderzulage (Kopfszulage) lasse sich auch im Rahmen zentraler Verhandlung reden.

Nunmehr trat man in die Beratung der allgemeinen Lohnregelung ein. Nach Begründung einer Forderung auf Erhöhung des Zuschlages von 3500 Prozent auf 4800 Prozent seitens der Arbeitnehmer boten die Fabrikanten zunächst einen Spitzenlohn von 1399,30 M., gleich etwas mehr wie 4000 Prozent Teuerungszuschlag (so wie er für die Hutindustrie gelte). Nachdem dieses, wie auch ein weiteres Angebot von 4300 Prozent von den Arbeitervertretern als ungenügend abgelehnt war, kam man nach mehrfachen Sonderberatungen der Parteien und Gegenforderungen der Arbeitnehmerverbände zu folgender Vereinbarung:

1. Für die Lohnwoche, in die der 7. April 23 fällt, erhöht sich der Teuerungszuschlag von 3500 Prozent auf 4400 Prozent gleich einem Spitzenlohn von 1530 M.
  2. Für die Lohnwoche, in die der 14. April 23 fällt, erhöht sich dieser Zuschlag auf 4500 Prozent gleich 1564 M. Spitzenlohn.
  3. Die für Köln gewährte Sonderzulage (Kopfszulage) beträgt:
    - a) bei Zeitlohn: für Männer 400 M., für Frauen 200 M.;
    - b) bei Akkord: für Männer 200 M., für Frauen 100 M.
- Dies gilt ab 31. März 1923.

4. Das Lohnabkommen endet in der Lohnwoche, in die der 21. April 1923 fällt. Eine Rückzahlung, wie es Arbeitnehmerseits erstrebt wurde, konnte nicht erreicht werden. Die Arbeitgeber wandten sich deshalb auch hauptsächlich dagegen, weil sie in der Osterwoche für die Zeilöhner sowieso schon die Feiertage zu zahlen gehabt hätten, und sie diese Woche nicht noch mehr belasten könnten. Die neue Erhöhung beträgt 25 bzw. knapp 29 Prozent. Der Zeitlohn für Vollarbeiter beträgt:

1. Facharbeiter: a) 1. Lohnbezirk: für Männer 1530 M für die erste, und 1564 M für die zweite und dritte Lohnwoche; für Frauen 1071 M bzw. 1094,80 M.
- b) 2. Lohnbezirk: für Männer 1407,00 M bzw. 1438,88 M; für Frauen 985,50 M bzw. 1007,40 M.
- c) 3. Lohnbezirk: für Männer 1300,50 bzw. 1329,40 M; für Frauen 910,35 M bzw. 930,58 M.
2. Fachhilfsarbeiter: a) 1. Lohnbezirk: für Männer 1377 M bzw. 1407,00 M; für Frauen 963,90 bzw. 985,32 M.
- b) 2. Lohnbezirk: für Männer 1266,75 M bzw. 1294,90 M; für Frauen 886,95 M bzw. 906,06 M.
- c) 3. Lohnbezirk: für Männer 1170,45 M bzw. 1196,46 M; für Frauen 819,45 M bzw. 837,06 M.
3. Hilfsarbeiter: a) 1. Lohnbezirk: für Männer 1224 M bzw. 1251,20 M; für Frauen 856,80 bzw. 875,84 M.
- b) 2. Lohnbezirk: für Männer 1125,90 M bzw. 1150,92 M; für Frauen 788,40 M bzw. 805,92 M.
- c) 3. Lohnbezirk: für Männer 1040,40 M bzw. 1063,52 M; für Frauen 728,10 M bzw. 744,28 M.

Die Anwendung der 4400 resp. 4500 Prozent Zuschlag für die Akkordarbeiten erfolgt in der bisherigen Weise.

### Aus den Ortsgruppen.

Düsselthor (Bühnenbranche). Die Düsselthor Bühnenarbeiterinnen hatten in den letzten Jahren ihre Organisation vernachlässigt. Die Folge davon war, daß die Arbeitgeber nach Willkür entlohnten. Ein Lohnstarif bestand nicht mehr. In den letzten Monaten gelang es nun unserer Ortsgruppenleitung, die Bühnenarbeiterinnen in ihrer Mehrheit unserem Verbände zuzuführen. Damit war der Boden vorbereitet, wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Letztlich sollte uns diese Aufgabe jedoch noch nicht gemacht werden. Die Bühnenarbeiterinnen mußten erst durch einen kurzen Streik die Arbeitgeber befähigen machen. Erst dann war es möglich, zu einem Vertrag zu kommen. Die wichtigsten Bestimmungen desselben sind folgende:

#### Lehrzeit.

Die Lehrzeit beträgt 2 Jahre bis zur gesetzlichen oder anderweitigen zentralen Regelung. In jedem Falle sind schriftliche Verträge nach den gesetzlichen Vorschriften abzuschließen. Die Zahl der Lehrlinge darf betragen:

bei 3 Gehilfen	3 Lehrlinge
bei 4-6 Gehilfen	4 Lehrlinge
bei 7-12 Gehilfen	5 Lehrlinge
bei 13-18 Gehilfen	6 Lehrlinge
auf je weitere 6 Gehilfen	2 Lehrlinge

Vergütung für die Lehrlinge. Die Vergütung für Lehrlinge beträgt monatlich: im 1. Lehrjahr 20 000 M., im 2. Lehrjahr 30 000 M.

Die Entlohnung für Bühnenarbeiterinnen beträgt monatlich: im 1. Jahre nach der Lehrzeit 60 000 M., für angehende 2. Arbeiterinnen 95 000 M., für 2. Arbeiterinnen 115 000 M., für angehende 1. Arbeiterinnen 160 000 M., für 1. Arbeiterinnen 200 000 M., für 1. Arbeiterinnen mit mindestens zweijähriger Tätigkeit 240 000 M.

Im Allgemeinen gelten als angehende 2. Arbeiterinnen diejenigen, die im 4. Berufsjahre stehen. Der Aufstieg in höhere Klassen erfolgt nach mindestens einjähriger Tätigkeit zur angehenden 2. Arbeiterin und von da in höhere Stufen mindestens alle zwei Jahre.



• Ueberstunden auher der regulären Geschäftszeit werden mit 50 Proz. Zuschlag zum Lohn vergütet.

**Urlaub.**

Lehrlinge und Arbeiterinnen erhalten in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes oder der Vergütung, und zwar erhält, wer bis zum 1. Juli 6 Monate im selben Betrieb tätig war (Wehrmännchen 3 Monate) 6 Tage Urlaub, wer mindestens 1 Jahr im selben Geschäft tätig war, 10 Tage, wer mindestens 2 Jahre im selben Geschäft tätig war, 12 Tage, und wer mindestens 3 Jahre im selben Geschäft tätig war, 16 Tage Urlaub.

Der Tarif tritt am 1. März 1923 in Kraft und kann mit dreimonatiger Frist gekündigt werden. Das Lohnabkommen kann mit vierzehntägiger Frist zum Monatschluß gekündigt werden.

**Siegen (Damenkostümbranche).** Seit einer Reihe von Monaten hatten sich in Siegen, hauptsächlich durch die Rührigkeit des Vorsitzenden der Schneidergruppe und des Kartells, ein großer Teil der Schneiderinnen von Siegen unserem Verbands angegeschlossen. Die Löhne für die Schneiderinnen bewegten sich früher in einer Höhe, welche dazu angetan war, für andere Berufe eine Lohnbrückung herbeizuführen, ganz abgesehen davon, daß es den Schneiderinnen ganz unmöglich war, von diesem Lohn ihr Leben zu fristen. Es war nicht das erste Mal, daß die Mädchen, wenn auch nicht bei uns, organisiert waren. Die Arbeitgeber haben allerdings versucht, zu verhindern, daß die Schneiderinnen sich der Organisation anschließen und lehrten auch, nachdem sie zweimal ein Abkommen mit unserem Verbands getroffen hatten, jede weitere Verhandlung mit der Begründung ab, daß wir nicht berechtigt und nicht bevollmächtigt wären, die Interessen der Schneiderinnen zu vertreten. Eigentlich wirkt diese Ansicht, wenn es nicht gar zu traurig wäre, lächerlich. Auch lehnte man es ab, vor dem Schlichtungsausschuß zu erscheinen. Die Arbeitgeber erschienen erst

nach Androhung von Strafe vor dem Schlichtungsausschuß. In der Sitzung verfuhr man nochmals das Mandat, die Berechtigung der Vertretung der Schneiderinnen zu bestritten, wurde jedoch durch die Vollmachten, welche die Schneiderinnen dem Schlichtungsausschuß unterbreiteten, besser belehrt. Den Spruch, der gefällt wurde, lehnten die Arbeitgeber wieder ab und so fand denn am 28. März eine Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar statt, die mit folgendem Ergebnis endigte:

Für perfekte Arbeiterinnen 62 Proz. des männlichen Tariflohnes, für erste Arbeiterinnen 80 Proz., im 6. Berufsjahr 70 Proz., im 5. Berufsjahr 60 Proz. und im 4. Berufsjahr 40 Proz. des Tariflohnes der perfekten Arbeiterin. — Die Löhne gelten ab 14. März.

Damit sind monatelange Bemühungen zu einem, wenn auch nur einigermaßen befriedigenden Ergebnis gebracht. An den Schneiderinnen der Gruppe Siegen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß die Kolleginnen zeitlos dem Verbands angehört werden. Dann werden wir für die Folgezeit größere Erfolge buchen können.

**Letzte Nachrichten.**

Die Gehilfenverbände haben am 18. April das Lohnabkommen für die Maschinenschneider gekündigt. Gefordert werden in der 1. Städtegruppe 1900 M und in der letzten 1000 M Stundenlohn für Herrenschneider mit entsprechenden Abstufungen in den zwischenliegenden Gruppen. Für die Orte, welche im altbesetzten und im Einbruchgebiet liegen, wird ein weiterer Stundenlohnzuschlag von 100 M gefordert. Die Löhne in der Damenschneidererei sollen analog des letzten Abkommens auf den Lohn der Herrenschneider aufgebaut werden.

Die Lohnabkommen in der Herrenkonfektion und Arbeiterkonfektion, Gruppe „Nordost“, sind ebenfalls gekün-

digt. Die Forderungen betragen in beiden Branchen 80 Prozent. Nebenforderungen sind diesmal nicht gestellt, um den Gang der Verhandlungen nicht zu erschweren und weil zur Zeit wenig Aussicht vorhanden ist, in der Beziehung Erfolge zu erzielen.

In der Uniformlieferungsbranche ist das Lohnabkommen am 28. April abgelaufen. Die bisherigen Löhne gelten bis zum Inkrafttreten eines neuen Abkommens. Verhandlungen sollen in der Woche vom 29. bis 28. April stattfinden. Gefordert sind auf alle Löhne in der Branche 20 Prozent und für das besetzte Gebiet ein weiterer Zuschlag von 10%.

**Verbandsnachrichten.**

Der Verbandsbeitrag richtet sich nach dem Stundenlohn der Mitglieder. Zahlungsgemäß zahlt jedes Mitglied 80 Prozent des Stundenlohnes als Wochenbeitrag. Nach jeder Lohn-erhöhung müssen die Beiträge neu festgesetzt werden. Pünktliche Beitragszahlung ist erste Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers.

Der 18. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 29. April bis 5. Mai.

Der 19. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 6. Mai bis 12. Mai.

Der Zentralvorstand, J. W. H. Schwarzmann.

**Sterbetafel.**

Es starben unsere treuen Mitglieder:  
 Albert Hermes,  
 Mitglied der Ortsgruppe Altena i. W.,  
 Anna Baldauf,  
 Strohputzarbeiterin Heimenkirch (Allg.),  
 Theodor van Hagen,  
 Mitglied der Ortsgruppe Münster i. W.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Ortsverwaltungen.

Ein erfahrener, guter  
**Großstück-**  
**arbeiter**

für sofort gesucht.

M. Arendt  
 Schneidermeister,  
 Fahr-Dinglingen.

**Herren-Stoffe**

zwischen 12000—60000  
 per Meter. Muster nur  
 gegen das jeweilige Brief-  
 porto in Briefmark. ver-  
 sendet Emil Hofffeldt,  
 Tuchvers., Dresden-N.6.

**Original Körperhaltungs-Burden-System Kumpan**

ist von ersten Fachleuten in Deutsch-  
 land und im Auslande, welche im Zu-  
 schneiden große Erfahrung besitzen, als

**das zuverlässigste Zuschneide-System d Gegenwart**

allgemein anerkannt, besonders bei  
 Bekleidung abnormaler Körperbau-  
 arten. — Prospekte über Lehrbücher,  
 Unterricht u. s. w. kostenlos durch

**Privat-Zuschneide-Schule J. Kumpan**

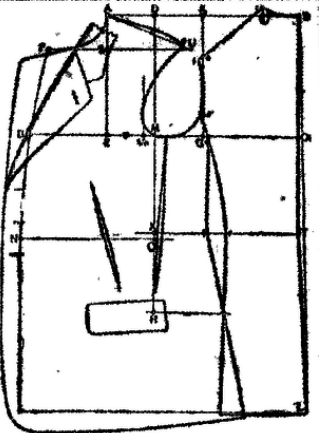
Berlin SW. 48, Friedrichstr. 15.

**Mitglieder!** Werbet unabh-  
 ängig für euren  
 Verband!

**Original-Einheits-System  
 „Stallas“.**

Die klassische Präzisions-Methode der moder-  
 nen Zuschneidekunst. Unübertroffen an Eleganz  
 und Formenschnelligkeit für die gesamte Herren-  
 und Damenschneidererei, insbesondere für ein-  
 seitige, säle- und verwaschene Körperbauten.  
 Neue Kurse beginnen regelmäßig zum Anfang  
 eines jeden Monats. Vorkurs an und Prospekt-  
 kostenlos gegen Rückporto. Für diejenigen, die  
 am Vorkursus nicht teilnehmen können, sind  
 Lehrbücher auch für den Selbstunterricht  
 erschienen.  
 Lehrbuch für Herrenschneidererei 20.000,— M.  
 Lehrbuch für Damenschneidererei 18.000,— M.  
 Bekleidungslehre und Mode, technische Zei-  
 schrift bringt Schnittaufstellungen für Herren-  
 und Damenmägen. Vollständiger Jahrgang  
 1922 kostet nur 7.50,— M.

Priv. Zuschneideschule Friedrich Stallas  
 Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 831.



**Privat-Zuschneide-Schule**  
 der Schneider-Vereinigung  
 von Rheinland und Westfalen  
 Köln, Neumarkt 27—29

**Fachlehranstalt 1. Ranges**  
 für Herren- und Damenschneidererei.  
 Meisterkurse.

Verlag von Lehrbüchern, Maß- u. Bestell-  
 büchern, Fad- und Modereitschriften.  
 Wenig Maße, einfache Aufstellung eleg.  
 Sie sind die Vorzüge unseres Systems.  
 Prospekte gratis durch die Geschäftsstelle:  
 Köln, Neumarkt 27—29.

**Das Zuschneiden**

Anprobieren usw.

für Herren- und Damenschneidererei

lernen Sie wirrl. gründl. u. zuverläss. nach dem  
 überall bel. Budde's Plans-(Winkel)-Syst.  
 Anmerkungen! Fachl. u. Korporationen.  
 — Nege Stellennachfr. — Die Zuschneidekurve  
 beg. am 1. und 16. jeden Mts. — Prosp. kostenfrei.

Deutsche Schneider-Lehranstalt

**C. H. Budde, Leipzig**

Leiter staatlicher Meisterkurse.  
 Richard Wagner Platz 16.

**Gründliche Ausbildung im Beruf**

ist heute die vornehmste Aufgabe eines jeden Fach-  
 kollegen. Wir empfehlen zu diesem Zweck unser  
**Lehrbuch zum Selbstunterricht**  
 im Zuschneid

sowohl für die Herren- wie für die Damenschneidererei.  
 Einfach und leicht erlernbar, unter Mitarbeit erst-  
 klassiger Zuschneider bearbeitet ist unser Lehrbuch  
 unentbehrlich für jeden Fachmann, denn es ist das

**System der Praxis.**

Um den Bezug der Lehrbücher jedem Fachkollegen  
 ermöglichen zu können, haben wir den Preis der  
 Lehrbücher in jeder Abteilung auf je M. 10.000  
 festgesetzt. Zu diesem Preis unterstellen wir je 200  
 Stück dem Verkauf und raten wir zu sofortiger  
 Bestellung.

**Erste Deutsche Zuschneider-Vereinschule**  
 München, Wittelsbacherplatz 2/1, 2. Aufg.  
 Postkontokonto 40508 München.